

Pressemitteilung

Main-Kinzig

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

Tel. 06055/906070
mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.dielinke-mkk.de

30. Oktober 2007

Mittagsverpflegung an Schulen Parteiübergreifende Initiative wäre besser

Die LINKE hatte am 09. Oktober die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Main-Kinzig-Kreis und in Hanau eingeladen um die Initiative „Kein Kind darf hungern“ vorzustellen und diese gemeinsam zu diskutieren und Lösungen für die Schulträger Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau zu suchen. In einer parteiübergreifenden Aktion sollte für die 5.200 Schulkinder die von Hartz IV leben müssen u.a. eine kostenlose Schulspeisung eingeführt werden. Dies war für die LINKE dringend notwendig, da der Regelsatz von Hartz IV für ein 14-jähriges Kind gerade mal 2,29 € für Essen und Trinken am Tag vorsieht. Allein ein Mittagessen in der Kopernikusschule Freigericht kostet aber schon 3 €.

Leider war keine Partei dieser Einladung gefolgt oder hat sich entschuldigt.

Inzwischen hat die LINKE im Kreistag einen Antrag zu diesem Thema eingebracht. Der Antrag der LINKEN sieht vor, dass der Kreisausschuss sicherstellen soll, dass der Beitrag der Eltern und Kinder für ein Schulessen an keiner Schule 3 € übersteigt und das Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien übergangsweise auf einen Euro und langfristig zusammen mit dem Land Hessen kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollte.

„Mit Verwunderung haben wir nun festgestellt, dass die SPD einen eigenen Antrag zur Mittagsverpflegung an Schulen eingebracht hat“, stellt der Direktkandidat zur Landtagswahl und Fraktionsvorsitzende im Kreistag der Linken Andreas Müller fest. „Eine parteiübergreifende Initiative zu diesem wichtigen Thema wäre sicher sinnvoller gewesen, als nun über die Urheberschaft für dieses Thema zu streiten“, so Müller weiter.

Da es der LINKEN aber um die Sache gehe, werde sie ihren Antrag zu Gunsten des SPD Antrages zurückziehen und zum SPD Antrag die Teile ihres Antrags, die der SPD Antrag nicht enthalte, wieder als Änderungsantrag stellen.

„Wenn die Sozialdemokraten uns links überholen wollen, werden wir sie nicht von der Strasse drängen und einen Unfall verursachen, sondern sie dabei unterstützen die richtigen Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu finden“, so Müller weiter. Wichtig sei, dass nun für die einkommensschwachen Familien eine schnelle Lösung gefunden werde, die auch schnell umgesetzt werde.

Allerdings habe man sich diese Einsicht schon in der letzten Kreistagssitzung gewünscht, als die SPD die Anträge zur Einrichtung eines Schulfonds und zur Einführung einer 10-jährigen Gemeinschaftsschule statt des 8-jährigen Gymnasiums, trotz gleicher Forderung in ihrem Landtagswahlprogramm, abgelehnt hat.

Die LINKE hoffe nun, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 09. November den Antrag nicht auf die lange Bank verweise, sondern schnell mehrheitlich beschließen und auch umsetze. Eine Überweisung und Verwässerung durch eine lange Ausschussberatung dürfe es nicht geben.

Dass die SPD jetzt diesen Antrag stelle, zeige deutlich, dass die Aktion „Kein Kind darf hungern“ greife und notwendig gewesen sei. Anscheinend haben die Sozialdemokraten auch erkannt, dass viele Kinder hungerten, weil sie sich die Kosten für ein anständiges Pausenbrot oder die Schulspeisung nicht leisten könnten, so Müller weiter. Nicht zuletzt haben dies verschiedene Studien wie z.B. die von Worldvision und die Kritik der Caritas an der hessischen Landesregierung bewiesen. Aus diesem Grunde werde die LINKE auch die Teile ihres Antrages, die die hessische Landesregierung zum Handeln auffordern, als Änderungsantrag wieder einbringen, da das Problem der Main-Kinzig-Kreis alleine langfristig weder lösen noch finanzieren könne, stellt der Direktkandidat der LINKEN Müller klar.

DIE LINKE. Main-Kinzig werde diesen beschämenden und diskriminierenden Zustand nicht akzeptieren.

Andreas Müller

DIE LINKE. Fraktion Main-Kinzig